



## Cono Sur Politischer Jahresbericht 2004/2005

### Region

Nach der tiefen Wirtschaftskrise in Argentinien und Uruguay hat sich die wirtschaftliche Erholung in der Region fortgesetzt. Aber trotz 8,4% Wirtschaftswachstum<sup>1</sup> im Jahre 2004 ist die Produktion noch nicht auf dem gleichen Stand wie vor 5 Jahren. Hohe Rohstoffpreise haben zum Wirtschaftswachstum beigetragen, das laut CEPAL im Jahr 2005 6,4% betragen soll. Die Inflation ist weitgehend unter Kontrolle. Die Aufwertung der lokalen Währungen gegenüber dem US-Dollar hat die Importe verbilligt, während die Preise für Mieten, Basisdienstleistungen und Lebensmittel stärker anstiegen.

Der Arbeitsmarkt konnte von dem Wirtschaftswachstum bisher kaum profitieren. Die Arbeitslosigkeit in Argentinien und Uruguay hat sich zwar leicht verringert, ist aber immer noch weit von der einstelligen Prozentzahl in Chile entfernt. Die Kaufkraft der Löhne hat sich nur unwesentlich verbessert, so dass die Früchte des Wirtschaftswachstums für die ArbeitnehmerInnen kaum spürbar sind.

Die **Energiefrage** war ein zentraler Aspekt in der Region. In Bolivien kristallisierten sich die gesellschaftlichen und ethnischen Widersprüche an der Frage der Nationalisierung der Erdgasvorkommen. Dies hat zu einer permanenten Krise und in den reichen Staaten Santa Cruz de la Sierra und Tarija gar zu Unabhängigkeitsforderungen geführt. Angesichts der unsicheren Energielage in Argentinien und der Abhängigkeit Chiles und Uruguays von argentinischem Erdgas hat die Idee eines kontinentalen "Energierings" an Gewicht gewonnen. An der Nutzung großer Gasvorkommen in der Gegend von Camisea in Peru für den Kontinent haben auch Paraguay und Brasilien sofort Interesse angemeldet. Auch Venezuela und Bolivien - beide mit großen Erdgasvorkommen - haben Interesse an einer Teilnahme an dieser Initiative bekundet. Die technischen und finanziellen Gutachten sollen noch in diesem Jahr abgeschlossen sein. Für die Finanzierung sollen Verhandlungen mit der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID) und dem Förderfonds der Andenregion (Corporación Andina de Fomento - CAF) aufgenommen werden. Außerdem haben mehrere Privatunternehmen<sup>2</sup> ihr Interesse kundgetan. Diese einseitige Ausrichtung auf fossile Energieträger wird von Basis- und Umweltorganisationen als kurzfristig und nicht nachhaltig kritisiert. Sie fordern stattdessen eine verstärkte Förderung von erneuerbaren Energien durch Nutzung von Wind, Biomasse, Sonne und Erdwärme sowie den Bau von kleinen Wasserkraftwerken.

Die Initiative "Energiering" ist unter dem Gesichtspunkt der Nutzung der regionalen Ressourcen für die Bedürfnisse vor Ort interessant und ergänzt sich mit dem Projekt "Petrocaribe". Die Karibikstaaten, einschließlich Kuba, haben sich zusammen mit Venezuela auf ein gemeinsa-

<sup>1</sup> laut der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik - CEPAL

<sup>2</sup> Endesa, CMS Energy, Gas Atacama, Suez, Tractebel

mes Vorgehen zum Thema Erdöl geeinigt. Dabei hat sich Venezuela verpflichtet, den Inselstaaten langfristig Erdölderivate zu Vorzugsbedingungen zu verkaufen.

Venezuela ist auch treibende Kraft in einer weiteren regionalen Initiative. Mit argentinischer, kubanischer und uruguayischer Beteiligung wurde Telesur gegründet, das sich als lateinamerikanistisches Anti-CNN versteht und seinen Betrieb ab Juli 2005 aufnehmen wird. Nachrichtenübermittlung aus lateinamerikanischer Perspektive und die Förderung der regionalen Identität durch die Verbreitung von kulturellen Programmen gehören zu den wichtigsten Zielen von Telesur.

Brasilien spielt eine zunehmend offensivere Rolle als Regionalmacht. Nicht nur kommandiert es die UNO-Truppen in Haiti - die sich angesichts der ausbleibenden versprochenen Hilfe in einer Zwickmühle befinden -, es entschärfte auch den Konflikt in Ecuador, indem es dem abdankenden Präsidenten Lucio Guitierrez Asyl anbot und die Übergangsverhandlungen in diesem Erdölland mitbestimmte. In Bolivien sind die brasilianischen Energieinteressen durch Petrobras prominent vertreten.

Laut CEPAL haben die Auslandsinvestitionen in diesem Zeitraum zugenommen und konzentrieren sich vorwiegend auf Energie, Bergbau und Papierindustrie. Umweltschäden, Beeinträchtigung der lokalen Lebensformen und die Verteilung der Erträge führen dabei zu Konflikten<sup>3</sup>.

### Mercosur

Nach 10 Jahren hat sich der Mercosur als wichtigster lateinamerikanischer Wirtschaftsverbund konsolidiert. Mittels Handelsverträgen mit den Andenstaaten und anderen Ländern des Kontinents wurde der Einflussbereich erweitert. Mit arabischen Staaten (Saudi Arabien, Bahrain, Kuwait, Oman, Qatar und Yemen) wurden ebenso Verhandlungen aufgenommen, wie mit der Zollunion des südlichen Afrikas, Indien, Kanada, Israel, Mexiko, Panama und Kuba. Die Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union kamen bislang wegen unüberbrückbarer Meinungsverschiedenheiten nicht zu einem Abschluss. Der vom Mercosur geforderten Marktöffnung Europas für landwirtschaftliche Importe steht die europäische Forderung nach Liberalisierung der Dienstleistungen und des staatlichen Auftragswesens im Mercosur gegenüber.

Der Integrationsenthusiasmus nach der Wahl von Lula in Brasilien und Kirchner in Argentinien ist mittlerweile einer gewissen Ernüchterung gewichen. Die wirtschaftlichen und politischen Differenzen zwischen den beiden großen Partnern (neben Uruguay und Paraguay) verhinderten weitere Fortschritte. Weder konnten die Zölle vereinheitlicht, noch eine Vereinbarung über die Einrichtung eines gemeinsamen Parlaments erzielt werden. Somit erbrachten die Gipfeltreffen von Ouro Preto (Brasilien) im Dezember 2004 und in Asunción (Paraguay) im Juni 2005 kaum mehr als Absichtserklärungen. Während Argentinien die Bestrebungen Brasiliens nach einem ständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat eher misstrauisch mitträgt, hat Paraguay die gemeinsame Politik der Anerkennung des internationalen Strafgerichtshofes in Rom mit einer Immunitätsgarantie für US-Militärs im Land ein Stück weit unterlaufen. Gewerkschaften, Frauenorganisationen und andere soziale Gruppen kritisieren die einseitig wirtschaftliche Ausrichtung des Mercosur seit langem und fordern eine umfassende wirtschaftliche, politische, kulturelle und soziale Integration mit den dazugehörigen supranationalen Instanzen.

---

<sup>3</sup> siehe die Abschnitte zu Chile und Uruguay

Eine implizite Anerkennung der bestehenden Asymmetrien im Mercosur ist die Schaffung des Ausgleichsfonds (FOCEM). Dieser soll mit jährlich 100 Millionen Dollar, vor allem von Brasilien und Argentinien gespeist werden und größtenteils Paraguay und in zweiter Linie Uruguay zugute kommen.

#### Der südamerikanische Staatenbund (CNS)

Vor fünf Jahren hat Brasilien die Idee eines südamerikanischen Staatenbundes (CNS) lanciert, um den Kontinent als wirtschaftlichen und politischen Faktor zu stärken. Im Rahmen des 3. Südamerikanischen Gipfeltreffens am 8. Dezember 2004 in Peru wurden die entsprechenden Absichtserklärungen schließlich unterzeichnet. Doch die Präsidenten von Argentinien, Paraguay und Uruguay blieben diesem Treffen fern, und auch aus Chile und Kolumbien kam Kritik. Die Kritiker des CNS wollen lieber die bestehenden Strukturen und Mechanismen besser nutzen, so dass die Zukunft des Staatenbundes unsicher erscheint. Menschenrechtsorganisationen, Umweltgruppen und andere Sektoren haben auch in diesem Fall die einseitige wirtschaftliche Ausrichtung dieser Integrationsbemühungen kritisiert und gleichzeitig auf die dringende Notwendigkeit hingewiesen, die sozialen und ökologischen Probleme gemeinsam zu lösen.

#### Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS)

Die OAS erreichte mit dem Rücktritt des mit Korruptionsvorwürfen belasteten costaricensischen Ex-Präsidenten Miguel Angel Rodriguez nur zwei Monate nach seinem Amtsantritt einen neuen Tiefpunkt. Die Neuwahl war insofern ein Meilenstein, als die von der US-Regierung favorisierten Kandidaten Flores (ehemaliger Präsident von El Salvador) und Derbez (zuvor Außenminister Mexikos) ihre Kandidaturen angesichts der geschlossenen Unterstützung von Mercosur und CARICOM für den vormaligen chilenischen Innenminister Insulza nacheinander zurückzogen.

Der neue Generalsekretär steht nun vor der schweren Aufgabe die Verbindlichkeit der Mitgliedschaft zu stärken. Die Verlautbarungen der OAS sind derzeit reine Absichtserklärungen. In zentralen Fragen wie Menschenrechte, Stärkung der Demokratie, Friedensförderung und regionale Sicherheit bestehen keine einheitlichen Kriterien.

## Argentinien

Das vergangene Jahr war ein Silberstreifen am argentinischen Horizont. Präsident Nestor Kirchner kann sich rühmen, 80% der privaten Auslandsschulden von insgesamt 81 Milliarden Dollar umgeschuldet und deren Nominalwert um 65% vermindert zu haben. Somit haben die privaten Anleger zum ersten Mal in der jüngeren Geschichte einen Teil ihres Risikos mittragen müssen. Der relative Wirtschaftsaufschwung ist ein weiterer Pluspunkt für die Regierung. Die Wirtschaftsleistung stieg 2004 um 8,8% bei einer Teuerung von 6,5%. Für dieses Jahr wird ein Wachstum von 7% prophezeit. Aber die Arbeitslosigkeit beträgt nach wie vor knapp 14% und über ein Viertel der Bevölkerung sind arm. Eine Million junger Menschen im Alter zwischen 18 und 25 sind erwerbslos und ohne Perspektive.

Die prekäre Energieversorgung hat vor allem mit Chile zu Spannungen geführt, da vereinbarte Gaslieferungen zeitweise ausblieben. Die nun geplante Erhöhung von Staumauern und die Fertigstellung des Atommeilers Atucha II würden allerdings die fehlende Nachhaltigkeit der argentinischen Energiepolitik nur noch weiter vertiefen.

### Schulden ohne Ende

Nach langen Verhandlungen haben rund 80% der privaten Schuldner das argentinische Angebot akzeptiert. Damit wurden die Schuldscheine durch Papiere mit geringerem Nominalwert ersetzt und die Zahlungsfristen erstreckt. Die über zweijährige Zahlungsunfähigkeit Argentiniens ging damit zu Ende.

Nun stehen neue Verhandlungen mit dem IWF vor der Tür. Zum ersten Mal in der Geschichte dieser Institution wurde ein Land einer vorherigen Prüfung unterzogen, um über die Aufnahme von Verhandlungen zu beschließen. Nach Zahlungen von 2.754 Millionen Dollar allein zwischen Januar und Mai an den Hauptsitz in Washington, strebt Argentinien eine Streckung der Zahlungsfrist von 70% der Schulden mit diesem Gläubiger an. Leicht wird es angesichts der Forderungen an die argentinische Regierung nicht werden.

Wie in vielen anderen Ländern wird die Unabhängigkeit der Zentralbank gefordert, in diesem Fall vor allem, um deren Intervention im Devisenmarkt einen Riegel vorzuschieben. Die Regierung ist an einem hohen Dollarkurs interessiert, um die Exporte und die nationale Produktion anzukurbeln. Damit erhöhen sich die Steuereinnahmen, die dringend benötigt werden, um den Haushaltsüberschuss für den Schuldendienst zu erwirtschaften. Dieser soll laut IWF von 3 auf volle 4,5% des Bruttoinlandproduktes steigen. Außerdem soll den Forderungen der größtenteils europäischen Konzessionäre der privatisierten Dienstleistungen nach Tarifierhöhungen Folge geleistet werden. Schließlich bringt der IWF das Thema der Minderheit der privaten Gläubiger auf den Tisch, die sich dem Vergleich nicht anschlossen und fordert eine Strategie, um mit diesen eine Übereinkunft zu finden. Die Abschaffung von "wettbewerbsverzerrenden Steuern" auf Schecks und Exporte steht ebenfalls auf dem Forderungskatalog.

Wie angesichts der dadurch schwindenden Staatseinnahmen der Schuldendienst und auf Grund der Erhöhung der Lebenshaltungskosten der innere Frieden gewahrt bleiben soll, ist fraglich.

Ein bereits praktizierter Weg ist die rücksichtslose Ausbeutung der Natur. Auf über der Hälfte der landwirtschaftlich bebauten Flächen -

insgesamt 14 Millionen Hektar - wird größtenteils genetisch verändertes Soja angebaut. Dabei werden nicht nur die Böden ausgelaugt und überdüngt, sondern auch massiv abgeholzt und der Konzentration des Bodenbesitzes Vorschub geleistet. Immer mehr bäuerliche Betriebe müssen aufgeben. Traditionelle Lebensformen gehen verloren und die Zahl der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten Menschen in ländlichen Gebieten steigt.

#### Reformvorschläge aus dem Süden

Argentinien hat nach dem Rücktritt des Präsidenten der interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) eine Initiative für die Reform dieser Regionalbank gestartet. Der Reformvorschlag sah eine Entkoppelung der Vergabe von Krediten vom IWF vor. Außerdem sollte die Bearbeitungsfrist von durchschnittlich 21 Monaten für Darlehen verkürzt werden. Schließlich soll die Bank wieder aktiver werden in der Region. Zwischen den Jahren 2000 und 2003 hat sie durchschnittlich nur noch für 2 Milliarden Dollar neue Kredite bewilligt und im Jahr 2004 war der Kapitalfluss gar negativ. Überraschend wurden die für September vorgesehenen Wahlen vorgezogen. Ohne eine Diskussion dieser Vorschläge wurde Ende Juli 2005 der Kolumbianer Luis Alberto Moreno, bisher Botschafter in den USA, zum Präsidenten der IDB gewählt. Diese Wahl wird sowohl die Prioritäten im Rahmen von IIRSA und anderen Mega-Projekten sowie die Politik gegenüber der Zivilgesellschaft beeinflussen.

Mit herber Kritik hat Argentinien das internationale Handelschiedsgericht der Weltbank bedacht, nachdem dieses 33 Klagen von ausländischen Investoren gegen das Land zuließ. Insgesamt 16 Milliarden Dollar Schadenersatz fordern die Kläger, vorwiegend wegen angeblicher Verluste durch die Pesoabwertung im Jahr 2002 und deren Auswirkungen auf den Wert in Dollar der Tarife für Telefon, Wasser, Strom, Erdgas und Postwesen. Diese Summe entspricht in etwa dem argentinischen Staatshaushalt.

#### Parlamentswahlen mit gespaltenem Peronismus

Die Parlamentswahlen im Oktober gelten als Stimmungsbarometer für die Regierung Kirchner. Der Präsident versucht seine große Popularität auszunutzen, um seine Stellung in der peronistischen Partei zu festigen und seinen Widersacher und Vorgänger Duhalde auszuschalten. In der Provinz Buenos Aires hat dies zu separaten Wahllisten geführt, mit den jeweiligen Gattinnen auf dem ersten Platz. Da hier knapp die Hälfte der Stimmen abgegeben werden, ist der Einfluss auf die Wahlergebnisse groß. Aus Furcht angesichts der peronistischen Doppelkandidatur Sitze zu verlieren, laufen die Oppositionsparteien dagegen Sturm.

#### **Chile**

Wirtschaftliche und politische Stabilität charakterisierten die Lage in Chile. Die Wirtschaft wuchs um 6,4%, die Arbeitslosigkeit beträgt 8,8% und die Teuerungsrate 2,4%. Doch die Kluft zwischen Arm und Reich blieb unverändert. Die einkommensstärksten 10% der Bevölkerung verdienen laut offiziellen Angaben 34 mal mehr als die ärmsten 10%.

Öffentlich denunzierte Unregelmäßigkeiten, die das Infrastrukturministerium und die staatlichen Kupferbetriebe betrafen, konnten der Popularität von Präsident Lagos wenig anhaben. 61% der Bevölkerung unterstützt seine Regierungsführung und 55% die Wirtschaftspolitik<sup>4</sup>.

---

<sup>4</sup> Umfrage CEP Juni-Juli 2005

## Wahlen im Dezember 05

Diese Stabilität zeigt sich auch in den Prognosen für die Präsidential- und Parlamentswahlen am 11. Dezember. Die Meinungsumfragen deuten darauf hin, dass zum ersten Mal in der chilenischen Geschichte eine Frau Präsidentin wird. Die Kandidatin der Regierungskoalition "Concertación de Partidos por la Democracia" (Parteienverbund für die Demokratie), Michelle Bachelet ist die eindeutige Favoritin. Ein Sieg der ehemaligen Verteidigungsministerin aus den Reihen der sozialistischen Partei im ersten Wahlgang scheint nicht ausgeschlossen. Vor allem bei Frauen und jungen Generationen genießt sie großes Ansehen. Das Vertrauen in ihre Person und in ihre Fähigkeit zur Amtsführung ist weit verbreitet.

Die rechte Opposition tritt diesmal gespalten an. Neben Joaquín Lavín für die konservative Allianz für Chile, postuliert sich Sebastián Piñera für die liberal ausgerichtete Nationale Erneuerung. Zusammen mit rund 30 sozialen Gruppen schlagen die kommunistische und die humanistische Partei Thomas Hirsch als Kandidaten vor.

Für die Parlamentswahlen präsentiert sich die Lage erheblich komplexer. Erlangte die Regierungskoalition anlässlich der Wahlen im Jahr 2001 eine hauchdünne Mehrheit, so scheint dies heute im Alleingang schwierig. Somit steht eine Vereinbarung mit der außerparlamentarischen Linken zur Debatte. In verschiedenen Wahlkreisen sollen kommunistische KandidatInnen in die Wahllisten der Regierungskoalition aufgenommen werden und dafür im Gegenzug in anderen Wahlbezirken auf eigene Kandidaturen verzichten.

Ein großer politischer Erfolg für die Regierung Lagos stellen die Verfassungsreformen dar, die am 16. August im Kongress verabschiedet werden. Damit werden die von Diktator Pinochet eingebauten Sicherungen (was ist denn damit gemeint???) zumindest teilweise rückgängig gemacht und eine wichtige Etappe auf dem Weg zur politischen und institutionellen Normalisierung abgeschlossen. Die Militärs verlieren ihre Aufsichtsfunktion über das politische System, die Kompetenzen des nationalen Sicherheitsrates werden beschnitten und der Präsident ermächtigt, militärische Oberbefehlshaber ein- und abzusetzen. Die parlamentarische Kontrolle über die Exekutive wird gestärkt, während die umstrittenen lebenslänglichen Senatorenposten - reserviert für ehemalige Präsidenten und von der Armee ernannte Personen - abgeschafft werden. Die Amtszeit des Staatsoberhauptes wird von sechs auf vier Jahre verringert.

Die Aufarbeitung der Vergangenheit wurde vorangetrieben, gerade in Hinsicht auf die Opfer der Diktatur. Der Bericht einer nationalen Kommission über politische Gefängnisse und Folter erkannte die systematische Anwendung von Folter durch die Armee an. Neben der moralischen Wiedergutmachung hat der Präsident einen Gesetzesvorschlag ans Parlament überwiesen, um den Folteropfern eine lebenslängliche Rente zu gewähren.

## APEC Treffen

Unter großen Sicherheitsvorkehrungen fand im November 2004 das Gipfeltreffen des Wirtschaftstraumes Asien - Pazifik (APEC) statt. Ungeachtet der breiten Kritik, wurde einer weiteren wirtschaftlichen Liberalisierung im Rahmen der WTO und der Doha-Runde das Wort geredet. In diesem Rahmen begann Chile die Möglichkeiten eines Freihandelsabkommens mit Japan zu sondieren und vertiefte Gespräche mit China zu diesem Thema. Entsprechende Verhandlungen mit Singapur und Neuseeland stehen vor dem Abschluss.

Als Gegengewicht fand das erste chilenische Sozialforum statt. Dieser Zusammenschluss von über 200 Organisationen stellt für das nach-pinochetistische Chile ein Novum dar. Die Demonstration gegen den Gipfel und die Freihandelsabkommen und für eine nachhaltige, gerechte und solidarische Entwicklung mobilisierte über 25.000 Personen.

### Achillesferse Umwelt

Nach zweijähriger Arbeit hat die OECD der Regierung einen Bericht zur Umweltsituation und -politik übergeben. Positiv erwähnt wurden die Fortschritte in der Institutionalisierung der Umweltfrage, die Verringerung der Luftverschmutzung, die Verbesserung der Abwasserversorgung und -reinigung, die Pläne zur Reduktion der Umweltbelastung und die systematische Anwendung der Umweltgutachten. Gleichzeitig wurden 52 Empfehlungen formuliert, um den Umwelthanliegen institutionell und in den jeweiligen Politikbereichen besser gerecht zu werden. Die Regierung zeigte sich über den Bericht erfreut und unterstrich die Möglichkeit einer OECD-Mitgliedschaft in absehbarer Zukunft.

Allerdings wurde von verschiedenen Seiten beanstandet, dass erheblich kritischere Sichtweisen von Umweltorganisationen und der Umweltkommission des Parlaments im Bericht keine Berücksichtigung fanden. Vor allem die Ausbeutung und Zerstörung von natürlichen Ressourcen zur Unterstützung des Wirtschaftswachstums seien dabei ausgeklammert worden.

Beispielhaft dafür sind die Konflikte um die Zellulosefabrik in Valdivia und die Bewilligung des Minenprojektes Pascua - Lama. Die Zellulosefabrik des Konsortiums Arauco-CELCO erhielt 1998 ohne Umweltgutachten eine Bewilligung für eine Jahresproduktion von 550.000 Tonnen. Mittlerweile produziert die Fabrik 650.000 Tonnen und viele der seltenen Schwarzhalsschwäne sind wegen der Verschmutzung des Rio Cruces verendet. Der öffentliche Druck hat zu einer staatlichen Klage gegen das Unternehmen geführt. Die kanadische Barrick Gold will für die Ausbeutung der argentinisch-chilenischen Goldvorkommen in der Gegend von Pascua - Lama drei Gletscher teilweise beseitigen, was bei der lokalen Bevölkerung, die unter Wasserknappheit leidet, auf erbitterten Widerstand stößt.

Die Umweltbewegung hat ihr Arbeitsschwergewicht von der Sensibilisierung und Anklage zunehmend auf Lobbyarbeit und die Erarbeitung von Vorschlägen gelegt. Damit soll versucht werden, auf die Umweltpolitik der künftigen Regierung und die Arbeit der Verwaltung Einfluss zu nehmen. Zusammen mit nahestehenden europäischen Kräften soll eine Überarbeitung des Freihandelsabkommen Chile - EU unter ökologischen Gesichtspunkten vorgeschlagen werden.

### **Uruguay**

In Uruguay konnte das Mitte-Links-Bündnis EP-FA-NM<sup>5</sup> - besser bekannt als "Frente" - sowohl die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im November, als auch die Kommunalwahlen im Mai 2005 für sich entscheiden. Damit endeten rund 200 Jahre Vorherrschaft der Traditionsparteien Colorados (städtisch-liberalen Ursprungs) und Blancos (ländlich-konservativ). Die Kandidatur von Tabaré Vázquez erreichte im ersten Wahlgang 50,45% der Stimmen. Im Parlament verfügt die Frente in beiden Kammern über die absolute Mehrheit.

---

<sup>5</sup> Encuentro Progresista - Frente Amplio - Nueva Mayoría (Fortschrittliches Sammelbecken - Breite Front - Neue Mehrheit)

Auch auf kommunaler Ebene hat die Regierungskoalition ihren Einflussbereich stark erweitert. Nicht nur erreichte sie in der Hauptstadt eindrucksvolle 60% der Stimmen und eine vierte Regierungsperiode, sondern gewann außerdem sieben neue Verwaltungsbezirke dazu. Drei Viertel der Bevölkerung leben in diesen acht Ländern/Kommunen, in denen sich 80% der Wirtschaftsleistung konzentriert. Nun kann sich die neue Regierung vier Jahre lang ohne den Druck von Wahlen um ihre Geschäfte kümmern.

Aber die Last der Vergangenheit wiegt schwer. Trotz 12% Wirtschaftswachstum und einstelliger Teuerungsrate im Jahr 2004 liegt die Arbeitslosigkeit nach wie vor um 12%. Die Kaufkraft der Löhne liegt im Vergleich zu 1998 bei knapp 80% und die damalige Wirtschaftsleistung ist nach wie vor nicht erreicht. Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich erheblich erweitert. Nur ein Drittel der SchülerInnen beendet die Sekundarschule. Rund die Hälfte der Minderjährigen wächst in Armut auf. Viele Firmen und Ländereien sind in ausländischen Besitz übergegangen und die verbesserten Erträge aus dem Verkauf vor allem von Fleisch und Soja, sind für die Menschen im Alltag kaum spürbar.

Die Auslandsverschuldung beträgt rund 100% des Bruttoinlandproduktes (BIP) und liegt damit klar über den Vergleichszahlen von Brasilien (55%) und Argentinien (80%). Die neue Regierung hat sich verpflichtet, alle Schulden anzuerkennen, und bereits zwei Monate nach Amtsantritt ein Abkommen mit dem IWF abgeschlossen. Dabei werden, außer der stärkeren Autonomie der Zentralbank, keine inhaltlichen Reformen verlangt. Aber die öffentliche Hand verpflichtet sich auf einen Primärüberschuss von 3,5% des BIP, der bis 2007 auf 4% anwachsen soll. Falls diese Ziele übertroffen werden, wird der Ertrag ebenfalls für den Schuldendienst verwendet. Ziel der Regierung ist es, das Gewicht des Schuldendienstes durch Wirtschaftswachstum und die Abhängigkeit von den internationalen Finanzinstitutionen zu vermindern.

#### Eckpunkte des Regierungsprogramms

Während der fünfjährigen Amtszeit soll das Lohnniveau den Vorkrisenstand erreichen. Dafür hat das Arbeitsministerium Verhandlungen für Mantelverträge in allen Branchen, einschließlich der bezahlten Hausarbeit, einberufen und die gewerkschaftlichen Rechte gestärkt. Der mächtige gewerkschaftliche Dachverband (?) PIT-CNT hat trotz vieler Gemeinsamkeiten mit der Regierung seine Unabhängigkeit wiederholt unterstrichen.

Die aktive Rolle des Staates wird betont. Eine Gesundheitsreform soll Kosten vermindern, eine Allgmeindeckung ermöglichen und die Effizienz der zahlreichen öffentlichen und privaten Anbietern verbessern. Die Finanzierung soll über die Einkommenssteuer sichergestellt werden. Auch im teilprivatisierten Rentenwesen - im Land mit dem größten Anteil an betagten Menschen in Lateinamerika ein Knackpunkt - will der Staat eine aktivere Rolle spielen.

Der nationale Notstandsplan für 50.000 Familien in extremer Armut soll diesen ein Minimaleinkommen sichern und die gesellschaftliche Wiedereingliederung erleichtern. Auf 2 Jahre angelegt ist er mit rund 160 Millionen Euro dotiert und wird durch das neugeschaffene Sozialentwicklungsministerium umgesetzt. Die Idee des Notstandsplans stößt auf breite Zustimmung. Kritisiert wird jedoch die Langsamkeit der Aktio-



nen<sup>6</sup>, die kaum existenten Gegenleistungen der Begünstigten<sup>7</sup> und mangelhafte Koordination mit Organisationen mit Erfahrung und Kontakten wie NRO's, Kirchen, Kommunalverwaltungen, etc.

20 Jahre nachdem die Militärdiktatur dem sozialen und politischen Druck weichen musste, harrt die Menschenrechtsfrage nach wie vor einer Lösung. Die Regierung hat sich verpflichtet, das Schicksal der Verschwundenen aufzuklären und gleichzeitig die verfassungsmäßig verankerte Immunität der Militärs zu respektieren. Dennoch sind eine Reihe von Klagen, die nicht unter diese Immunität fallen, vor den Gerichten hängig. Außerdem haben Argentinien, Chile und Italien Auslieferungsanträge gestellt. Somit ist nicht auszuschließen, dass in Zukunft einige der Täter in Uniform für ihre Taten hinter Gitter wandern.

Außenpolitisch wurden die diplomatischen Beziehungen zu Kuba wieder aufgenommen. Mit Venezuela konnte ein vorteilhaftes Energieabkommen abgeschlossen werden. 75% des Lieferwertes wird mit lokalen Waren bezahlt und der Rest in langfristige Darlehen zu niederen Zinssätzen umgewandelt. Nachdem die staatliche Fluggesellschaft Pluna ihre Allianz mit der krisengeschüttelten brasilianischen Varig beendete, zeichnet sich eine Zusammenarbeit mit der staatlichen venezolanischen Conviasa und somit zwischen den beiden einzigen nicht privaten Fluglinien Lateinamerikas ab. Für die WTO-Verhandlungen hat sich Uruguay der G-20 angeschlossen.

#### Erblasten und Realpolitik

Die neue Regierung hat nicht nur finanzielle Altlasten und einen klientelistischen Staatsapparat übernommen, sondern sieht sich in verschiedenen Sachfragen vor Probleme gestellt, ihren eigenen Ansprüchen gerecht zu werden. Die relative Offenheit gegenüber gentechnisch verändertem Saatgut ist dabei ebenso Kritikpunkt wie die Verteidigung des Baus von zwei Zellulosefabriken am Ufer des Uruguayflusses.

Die finnische BOTNIA hat mit den Bauarbeiten bereits begonnen und das Projekt des spanischen Unternehmens ENCE befindet sich im fortgeschrittenen Planungsstadium. Umweltgruppen kritisieren nicht nur die Verschmutzung des Grenzflusses<sup>8</sup>, sondern auch die Vernichtung des Fremdenverkehrs durch die Luftverschlechterung und rechnen vor, dass unter dem Strich Arbeitsplätze verloren gehen. Schließlich werden damit rund eine Million Hektar teilweise sehr fruchtbares Land für schnellwachsende Eukalyptus- und Fichtenplantagen besetzt, die den Boden auslaugen und großen Einsatz an Chemikalien erfordern. Die Regierung verbreitet Optimismus über die größte Privatinvestition in der Geschichte Uruguays, obwohl die Opposition bis weit in die eigenen Reihen reicht. Unklar bleibt, inwieweit ein mit Finnland unterzeichnetes Investitionsabkommen zusammen mit den von der vorherigen Regierung erteilten Bewilligungen, die neue Regierung vor Tatsachen stellte.

Das von der vorherigen Regierung in wenigen Monaten ausgehandelte Investitionsabkommen mit den USA wurde nach erheblichen internen Spannungen an eine Parlamentskommission überwiesen. Diese beschloss, eine Debatte im Rahmen des Mercosur über dieses Instrument anzuregen und somit die Debatte über dieses kontroverse Thema abzukühlen.

---

<sup>6</sup> drei Monate nach Beginn des Plans bezogen weniger als 10.000 Familien das Minimaleinkommen von umgerechnet 45 Euro im Monat.

<sup>7</sup> verlangt werden der Schulbesuch der Kinder und regelmäßige gesundheitliche Kontrollen in kostenlosen staatlichen Gesundheitszentren

<sup>8</sup> dies hat außerdem zu erheblichen Spannungen zwischen den Regierungen von Argentinien und Uruguay geführt

Die Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruches scheiterte im Parlament in der letzten Legislaturperiode angesichts der geteilten Stimmen der damaligen linken Opposition. Obwohl sich laut Umfragen über 60% zustimmend äußern, ist Präsident Vázquez nicht von seiner ethisch-religiös begründeten ablehnenden Haltung abgerückt. Als möglicher mittelfristiger Ausweg wurde von verschiedenen Seiten eine Volksbefragung zu diesem Thema vorgeschlagen.

Die letzte dieser Verfassungsabstimmungen fand parallel zu den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt. Über 60% der WählerInnen waren dafür, Wasser als öffentliches und nicht privatisierbares Gut zu deklarieren; als erstes Land weltweit. Brisant ist dieser Wahlausgang auch, weil Uruguay das enorme Grundwasservorkommen Guaraní mit Argentinien, Brasilien und Paraguay teilt. Die von Gewerkschaften und Umweltgruppen getragene Initiative verlangte zudem einen zukunftsbewussten Umgang mit dem Gut Wasser und schloss die Kündigungen der zwei Konzessionen implizit ein. Die spanische Aguas de Bilbao sieht dies ebenso und zieht sich aus dem Land zurück - allerdings trotz erheblicher Vertragsverletzungen nicht ohne den Versuch, auf gerichtlichem Weg eine Entschädigung zu erstreiten. Die von Suez-Lyonnaise kontrollierte Aguas de la Costa dagegen hält an ihrer Konzession fest. Dass sie dabei von der Regierung unterstützt wird, hat zu Konflikten mit den tragenden Kräften der Initiative geführt und beschäftigt derzeit die Gerichte.

Die kommenden Monate werden zeigen, ob die Hoffnung in die neue Regierung nach der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Depression anhält. Dabei stehen dem Vertrauensvorschuss<sup>9</sup> im Land - mit dem steigenden Zinsniveau und dem Abflauen des wirtschaftlichen Wachstums in Argentinien und Brasilien - Wolken am internationalen Horizont gegenüber.

### **Ausblick**

Vor dieser Ausgangslage sind die Stiftung und unsere Partner gefordert, einen Beitrag zu den hoffnungsvollen gesellschaftlichen Prozessen zu leisten. Die Schwerpunkte Energie, WSKU-Rechte und Biopolitik werden uns auch im kommenden Jahr beschäftigen. Durch die Vertiefung der inhaltlichen Ansätze und der gesellschaftlichen und politischen Kontakte versuchen die Stiftung und ihre Partner verstärkt, auf die Entscheidungsfindung Einfluss zu nehmen. Die Arbeit der vergangenen Jahre hat dafür wichtige Grundlagen geschaffen.

Der Teilnahme der Stiftung und ihrer Partner mit inhaltlichen Beiträgen an regionalen Foren, wie dem 3. kontinentalen Treffen Anfang November 2005 in Mar del Plata und dem Amerikanischen Sozialforum im Januar 2006 in Venezuela, wird großes Gewicht beigemessen. Dieser Rahmen ermöglicht den Austausch von Erfahrungen, Koordination von Aktionen und Kampagnen und macht uns und unsere Arbeit einer breiten Öffentlichkeit zugänglich.

In der Energiefrage werden wir uns auf die Förderung von erneuerbarer und lokal nachhaltiger Energieerzeugung konzentrieren. Dies ist angesichts der gigantischen Projekte, wie die kontinentale Gasleitung und der geplanten Fertigstellung eines Atommeilers in Argentinien dringend notwendig. Unsere Tätigkeit wird sich auf die Förderung von sachlichen Debatten zur Beeinflussung der Debatten in den nationalen Parlamenten konzentrieren.

---

<sup>9</sup> laut Meinungsumfragen beurteilen zwischen 70 und 80% der Bevölkerung die neue Regierung und ihre Politik positiv.

Die Achtung der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und Umwelt-Rechte ist ein weiterer Arbeitsschwerpunkt. Das kontinentale soziale Bündnis, ein breiter Zusammenschluss globalisierungskritischer Basisorganisationen und NRO's, wird in der Ausarbeitung des Kapitels zum Kernthema Landwirtschaft unterstützt. Dabei soll vor allem die qualifizierte Teilnahme der Landfrauen gefördert werden, damit ihre geschlechterspezifischen Anliegen sichtbar und in der Plattform gebührend berücksichtigt werden.

Diese Thematik ist aufs engste mit dem dritten Arbeitsschwerpunkt der Stiftung verknüpft: der Biopolitik. Landfrauen aus allen fünf Ländern der Region werden ihre Erfahrungen zum Schutz von lokalen Sorten an einer Veranstaltung des weltweiten landwirtschaftlichen Netzwerkes Via Campesina im Rahmen des 3. kontinentalen Treffens austauschen. Ein weiteres Ziel der regionalen Arbeit ist es, die aktive Teilnahme unserer Partner an der Vorbereitung und Durchführung der Parallelveranstaltungen zur Folgekonferenz über die Konvention für biologische Vielfalt im März 2006 in Curitiba zu ermöglichen.

Die bereits geleistete Arbeit zu dem Thema „biologische Vielfalt“ mittels Untersuchungen, Weiterbildungen und Dialogforen hat die Stiftung in der Region als einen Referenzpunkt und kompetenten Ansprechpartner etabliert. Die Arbeit über die Auswirkungen der Freihandelsverträge auf die biologische Vielfalt wird sich auf die Aspekte Patentwesen und Biopiraterie fokussieren. Kritisch wollen wir zusammen mit unseren Partnern den Bezug zwischen Raumplanung und biologischer Vielfalt, sowie die Rolle der internationalen Entwicklungszusammenarbeit untersuchen. Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt bleibt die Politik der nationalen Regierungen zu Umweltschutz, Biotechnologie und biologischer Vielfalt. In Chile wird ein spezifischer Schwerpunkt auf die Zusammenarbeit mit Chile Sustentable zwecks Beobachtung und Beeinflussung der Parlamentsdebatte über das Gesetz zur Biosicherheit gelegt werden.